

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Kiepsch & Reichardt in Dresden.

**Lobeck & Co.**

**Chocoladen, Cacaos  
Desserts.**

Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen.

Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

**Anzeigen-Zarif**  
Bekanntmachung von Anzeigen...  
1. Spalte 1000...  
2. Spalte 1000...  
3. Spalte 1000...  
4. Spalte 1000...  
5. Spalte 1000...  
6. Spalte 1000...  
7. Spalte 1000...  
8. Spalte 1000...  
9. Spalte 1000...  
10. Spalte 1000...

**Begungsgebühren**  
...  
1. Spalte 1000...  
2. Spalte 1000...  
3. Spalte 1000...  
4. Spalte 1000...  
5. Spalte 1000...  
6. Spalte 1000...  
7. Spalte 1000...  
8. Spalte 1000...  
9. Spalte 1000...  
10. Spalte 1000...

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.  
Fernsprecher: 11 - 2096 - 3601.

Hauptgeschäftsstelle:  
Marianenstr. 38-40.

**RAUM KUNST**

**Raumkunst**  
DRESDEN, Viktoriastrasse 5/7.  
Wohnungseinrichtungen  
in allen Preislagen. = = = =  
Orientalische und deutsche Teppiche.

**Biesolt & Lockes**  
**Meissner Nähmaschinen**  
haben Waltruf!  
\* Haupt-Niederlage bei  
**M. Eberhardt, Mechaniker**  
Dresden, Marienstrasse 14.  
Reparaturen aller Systeme in eigener Werkstatt.

**Rollschuhe**  
für jeden Fuß einstellbar, moderne bewährte Konstruktion.  
Paar von Mark 3,- an. : : Illustrierte Preisliste kostenfrei.  
**B. A. Müller, Königl. Sachs. Hoflieferant, Dresden, Prager Str. 32/34.**

**Bruchbänder und Leibbinden**

sowie alle sonstigen  
Bandagen u. Artikel zur  
Krankenpflege empfiehlt  
**Carl Wendschuchs**  
**Etablissement**

**Struvestrasse 11.**

## Für eilige Leser.

**Matthäische Bitterung:** Nennlich warm, sehr veränderlich.

Die Finanzminister der Einzelstaaten treten gestern zu Beratungen über die Reichsfinanzreform zusammen; die Vorschläge der Reichstagsmehrheit werden, wie verlautet, im allgemeinen Annahme finden.

Die Adresse des Fürsten Bülow von Berlin sieht besorg.

Der Reichstag lehnte gestern in fortgesetzter Beratung endgültig die Elektrizitäts- und Gassteuer, sowie die Anzeigensteuer ab und nahm die Zündwarensteuer in zweiter Lesung an.

Der Deutsche Bauernbund ist gestern in Gießen gegründet worden.

Geh. Rat Hammann wurde freigesprochen.

In Berlin findet heute der Eulenburg-Prozess statt. Die Dampffährenverbindung zwischen Deutschland und Schweden (Sahnik-Zelleborg) ist gestern eröffnet worden.

Anlässlich der Anwesenheit des Zaren in England wird am 31. Juli in Portsmouth eine Flottenrevue stattfinden.

## Drei liberale Parteitage

haben am Sonnabend und Sonntag in Berlin zur inneren Lage Stellung genommen und über die vom Liberalismus aus der gegenwärtigen Krise zu stehenden Konsequenzen bemerkenswerte Beratungen gepflogen. Im Mittelpunkt des Interesses stand die parteipolitische Rundgebung der Nationalliberalen, die in einer prägnanten Rede des Abgeordneten Wasserfmann gipfelte. In dem ungewöhnlich lebhaften und einmütigen Beifall, den der nationalliberale Redner für seine Ausführungen erntete, kam die Stimmung der Versammlung in prägnanter Weise zum Ausdruck. Nachdem Herr Wasserfmann zunächst die mehr durch ihre politische Pikanterie interessante, als in der Form geschmackvolle Enthüllung gemacht hatte, daß sich in der verflochtenen kritischen Zeit „mancher überflüssiger Ratgeber aus Regierungskreisen an die nationalliberalen Führer herandrängte und sie zu bewegen versuchte, das Feigenblatt für die von der neuen Reichstagsmehrheit angerichteten Schäden zu sein“, ging er auf eine Würdigung der Verdienste des Fürsten Bülow ein und spendete dem Reichskanzler ein voll gerüstetes und geschütteltes Maß von Lob und Anerkennung. Das war nicht nur sachlich gerechtfertigt, sondern auch vom besonderen nationalliberalen Parteistandpunkte aus wohl begründet; hat doch Fürst Bülow gerade dem gemäßigten Liberalismus ein Entgegenkommen bewiesen, dessen weite und von echt staatsmännlichem Geiste vorgezeichnete Umgrenzung ihm die dauernde Dankbarkeit aller einsichtigen Vertreter dieser Richtung sichern muß. Gleichzeitig aber kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß der Redner in dem Stärkegrade der persönlichen Lobeserhebungen für den Fürsten Bülow eine gewisse Ableitung und Erleichterung suchte für den moralischen Kagenjammer, der sich, wenn auch uneingeständenermaßen, der Nationalliberalen jetzt bemächtigt, nachdem sie die volle Wucht des durch ihre äußerlich zwar bestehende, innerlich aber kaum kluge Haltung in der Reichsfinanzreform angerichteten Unheils haben empfinden müssen. Vor allem war der vom Liberalismus in der Frage der indirekten Steuern zur Schau getragene Doktrinarismus ein politischer Verstoß von so schwerwiegender grundsätzlicher Tragweite, daß darüber eine ernsthafte Meinungsverschiedenheit schlechterdings nicht mehr existieren kann, und daß selbst die Nationalliberalen im stillen Kämmerlein nicht umhin können, sich nachträglich an die Brust zu schlagen und zu bekennen: „Unsere Schuld, unsere große Schuld!“

Es war deshalb auch ganz vergebliche Liebesmühe, wenn der genannte nationalliberale Debatter den Versuch machte, das Odium dieser Sache auf das Zentrum abzuwälzen. Beim Brautwein, so meinte er, sei der Bruch gekommen, weil der kluge Zentrumsführer den Räder ausgeworfen habe, auf den der konservative Fischer hineingefallen sei. Mit Verlaß! Ganz so einfach liegt der Fall denn doch nicht. Vielmehr muß die Frage gestellt werden, warum denn der Liberalismus, uneingedenk seiner höhe-

ren patriotischen Pflichten, dem Zentrumsführer überhaupt erst die Gelegenheit bot, in solcher Weise die Situation auszunutzen. Hätten die Liberalen es vermieden, sich bei der Brautweinfeier auf die Befestigung der sogenannten „Liebesgabe für die Mariner“ zu verstehen, hätten sie der doktrinarischen Verlockung widerstanden, diesen alten, abgelebten Vadenbüßer aus einer früheren, gegen die Konservativen gerichteten Kattationsperiode bei dieser unpassenden aller Gelegenheiten wieder hervorzuholen, so wäre auch — das ist von hervorragender konservativer Seite ausdrücklich beklagt worden — der Kampf um die Erbfallsteuer nicht in das hochkritische Stadium getreten, das schließlich mit ihrer völligen Ablehnung endet hat. Eine tonale Vereinnahmung des Liberalismus zu ungeschwätelter Forderung des Bedarfs an indirekten Steuern hätte die Konservativen moralisch geschwächt, ihrerseits als Gegenseitigkeit die Zustimmung zur Erbfallsteuer allen noch so begründeten Bedenken zum Trost zu gewähren. Außerdem hat der Liberalismus noch in einem Hauptpunkte versäumt, sich der von der Radikalliberalen an ihn gerichteten „Forderung des Tages“ anzupassen, indem er die nach der anzugetragenen unbedingt gebotene, sofortige schonende und rückwärtsvolle psychologische Behandlung des konservativen Radikalschwärmer vernachlässigte. Statt den so lange im unbeschränkten Besitz der politischen Herrschaft gewesenen Konservativen von Anfang an goldene Brücken zur Verständigung zu bauen und das so wohlberedigte Selbstgefühl der konservativen Partei zu schonen, gefiel sich auch der gemäßigte Liberalismus zu sehr in der Verkennung von Ansprüchen, die in seinem Verhältnis zu seiner tatsächlichen Macht standen, und in einer polemischen Tonart, die manchmal an die preußische Manierzeit erinnerte. Das mußte notwendigermaßen auf konservativer Seite Verdruß, Veräusserung und Verärgerung erzeugen und dem Verdachte Nahrung geben, daß es dem Liberalismus bei der Radikalliberalen nicht auf ein ehrliches Zusammenarbeiten mit den Konservativen zu tun sei, sondern daß er nach der Etablierung einer „liberalen Nebenregierung“, wie in der Epoche des Manastreitens, strebe.

Eine besonders beachtliche Stelle in der Wasserfmanns Rede bildeten die Darlegungen, die sich mit der Stellungnahme der Nationalliberalen und ihres hervorragenden Führers zu der Frage der Reichstagsauflösung befaßten. Der Redner erklärte, es sei nach der Ablehnung der Erbschaftsteuer in zweiter Lesung, diesem „Fehlentscheid“ in das Gesicht der verbündeten Regierungen“, nachdem seiner Parteifreunde vielleicht unbegründet erschienen, daß die Auflösung nicht erfolgte, und fuhr dann fort: „Es ist das nicht geschehen. Wir hätten sie wohl ertragen können, wir waren gerüstet. Ich habe die Überzeugung, daß eine große, mächtige Volksbewegung entstanden wäre, und daß in diesem Wahlkampfe Handel, Gewerbe, Industrie, Mittelstand, Beamte und was sonst für Kreise von dieser Finanzreform berührt werden, zusammengehalten hätten. Dazu die neue Bauernbewegung. Ich glaube, daß das alles Faktoren waren, die den Erfolg gewährleisten konnten. Vor allem aber ein Argument: Wir sehen nicht allzufern den Neuwahlen, die nach der Verkennung erfolgen müssen, den Neuwahlen des Jahres 1912. Wenn Sie die Frage so stellen, wann sind die Aussichten besser: Heute, wo der Liberalismus kraftlos ackämpft hat für den sozialen Gedanken, heute, wo ein mächtiger Unwille über diese konservativ-liberal-politische Koalition durch das Land geht, oder 1912, wenn die schlechten Steuern anfangen zu wirken und die Unzufriedenheit durch das deutsche Land zieht und diese Unzufriedenheit von der Sozialdemokratie aufgefressen werden kann, nachdem die Steuern wech geworden sind — wenn man die Frage so stellt, ist sie im Sinne einer sofortigen Auflösung zu beantworten.“ Daraus geht klar hervor, daß die Nationalliberalen auf eine Reichstagsauflösung hinzuwirken suchten, weil sie durch einen Appell an die Wähler unter der durch die Ablehnung der Erbschaftsteuer geschaffenen Konstellation eine Verbesserung ihrer parteipolitischen Chancen erhofften. Sie mußten aber die Erfahrung machen, daß die verbündeten Regierungen aus wohlverwogenen Gründen der Staatsraison dem nationalliberalen Wunsch entgegen waren und die Maßnahme der Auflösung des Reichstages von der Hand wiesen. Dadurch sind auch die Nationalliberalen in die Notwendigkeit versetzt worden, den Kampf gegen die rechte Seite nicht bis auf die Spitze zu treiben, sondern sich die realpolitische Möglichkeit eines erträglichen Verhältnisses zu den Konservativen für die nächste Zukunft zu sichern. Vielleicht waren es mit Erwägungen solcher Art, die Herrn

Wasserfmann veranlaßten, den Poagen gegenüber den Konservativen in seiner Rede nicht allzu kräftig zu sein. Der nationalliberale Führer war sichtlich bemüht, den Gegensatz zu den Konservativen nicht unüberbrückbar zu machen und seiner Partei den Weg für eine künftige Annäherung an die rechte Seite offen zu halten. Damit bewies Herr Wasserfmann eine richtige politische Erkenntnis, wie sie dem Bülowischen Blockgedanken überhaupt anzuwurzeln liegt und wie sie auch die programmatische Rede des neuen sächsischen Ministers des Innern beherrscht, der sich zu der unanfechtbaren Aufschaltung bekennend, daß „alles staatliche Leben, aller gesunde Fortschritt auf der Spannung zwischen den beherrschenden konservativen und den vorwärts treibenden liberalen Kräften und auf dem unablässigen Streben ihres Ausgleichs beruht“. Auch in der Debatte wurde die Notwendigkeit für den Liberalismus, wieder Anschluß an die Konservativen zu suchen, durch den Hinweis auf die Gefahr akkumuliert, in die das Germanisierungswerk in der Dinar bei einer erneuten dauernden Zentrumsherrschaft gerät.

Wenn aber der Bülowische Blockgedanke einer konservativ-liberalen Paarung den Konservativen ausnewischhaft gemacht und von ihnen als ein unannehmlicher nationaler und parteipolitischer Zwang empfunden werden soll, dann muß ihnen auch der Liberalismus in allen seinen Schattierungen als geschlossene, nach außen hin imponierende Organisation gegenüberreten. Nach dieser Richtung aber müssen die kleinen linksliberalen Gruppen der großen nationalliberalen Partei gegenüber die Initiative ergreifen. Nicht dem in überlegender Stellung befindlichen gemäßigten Liberalismus kann es zugemutet werden, daß er als großzügiger Freiwirler bei dem Vinsliberalismus auftritt, sondern die linksliberalen haben die in dem höheren liberalen Gesamtinteresse begründete Pflicht, sich offen und loyal zu einer parteipolitisch zu bekennen, die dem preussischen Liberalismus gern und willig die ihm nach seiner historischen und nationalen Bedeutung gebührende Führerschaft innerhalb des geeinten Liberalismus zuerkennet. Bis zum Durchreifen der Erkenntnis, daß nur auf diesem Wege für den Aufstieg des Liberalismus zu politischer Macht und für eine seiner Bedeutung entsprechenden Einflußnahme auf die Führung des Staatsschiffes etwas zu erhoffen ist, wird zwar der Vinsliberalismus noch einen ziemlich weiten Weg parteipolitischer Selbstsucht und nationaler Vertiefung zurücklegen müssen. Immerhin zeugt es schon von einem gewissen Fortschritt nach dieser Richtung, auf den die Lehren der jetzigen Krise nicht ohne Wirkung geblieben sind, daß die Delegierten der freisinnigen Volkspartei und der freisinnigen Vereinigung in ihren gleichzeitigen Beratungen nicht nur gegenüber dem Nationalliberalismus verhältnismäßig recht verständliche Töne angeschlagen, sondern sich auch entschlossen haben, eine Verschmelzung ihrer beiden Gruppen ernstlich in Aussicht zu nehmen. Die Initiative hierzu ist torrekter Weise von der freisinnigen Vereinigung als der schwächeren Gruppe ausgegangen und ein entsprechender Antrag an einen Ausschuss verwiesen worden. Das völlige Auseinandergehen der beiden linksliberalen Gruppen würde unverkennbar einen nicht unbeträchtlichen Schritt vorwärts auf der Bahn der Einigung des Gesamtliberalismus darstellen, und es wäre sehr wünschenswert, daß im Falle der Verwirklichung dieses Planes auch die Süddeutsche Volkspartei bald nachfolgte und die Verschmelzung wirkte. Traglich bleibt es allerdings, ob die bisherige leidige Eigenbrödelerei unter dem Vinsliberalismus in anknüpfendem Maße überwunden werden kann, um für eine einheitliche parteipolitische Organisation in absehbarer Zeit die Bahn frei zu machen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Frage der Verschmelzung der dreilinkliberalen Parteien ist nach dem Beschlusse des Zentralausschusses der größten Gruppe, der freisinnigen Volkspartei, der selbstverhandelt auch von den Vertretern der beiden kleineren Parteien angenommen wird, dem gemeinschaftlichen Ausschuss der Fraktionsgemeinschaft des Reichstages zur weiteren Behandlung überwiesen worden. Dieser Ausschuss, der sogenannte Biererausschuss, die eigentliche Vorherrschaft der linksliberalen Fraktionsgemeinschaft, besteht aus den Abgeordneten Dr. Müller-Meinungen, Dr. Diemer, Schröder und v. Payer.

Jede Zeitung ist ein Stück von Freiheit und Gerechtigkeit

Dresdner Nachrichten